PRESSEMITTEILUNG



BN Kritik am Wasserpakt: Freiwilligkeit löst das Problem nicht

Anlässlich des Weltwassertags am 22. März bilanziert der BUND Naturschutz in Bayern, dass die Wasserqualität in Bayern nicht ausreichend ist. Daten der Ministerien zeigen das erschreckende Ergebnis, dass lediglich an der Hälfte der Grundwassermessstellen in den einzelnen Regierungsbezirken die Nitratwerte unter dem Wert von 25mg/Nitrat pro Liter liegen. An 15-20 Prozent der Messstellen wird der Grenzwert von 50mg/I überschritten.

Diese Entwicklung zeigt einen langfristigen Trend auf. Nitrat aus Überdüngung in der Vergangenheit landet oft erst Jahrzehnte später in den grundwasserführenden Schichten. Wo das geschieht, müssen Brunnen neu gebohrt oder das Nitrat kostenaufwändig aus dem Wasser entfernt werden. Dadurch entstehen der Allgemeinheit hohe Kosten. "Mit freiwilligen Maßnahmen alleine wird es weiterhin nicht gelingen, unser Grundwasser und die Bäche und Seen in Bayern sauber zu halten", so Hubert Weiger, BN Landesvorsitzender. "Selbst die freiwillige Einrichtung minimaler Uferstreifen ist in der Fläche gescheitert, mit dem Ergebnis der weiteren massiven Gewässerbelastung", so Weiger.

"Bodenerosion und damit Stickstoff- und Phosphoreinträge in Vorfluter und Gewässer sind ein weiteres Problem. Es müssen endlich die gesetzlichen Maßnahmen ausgeschöpft werden. Denn nach wie vor blockiert die bayerische Staatsregierung und die Landtagsmehrheit die im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes verbindlich vorgeschriebenen Gewässerrandstreifen von fünf Metern Breite", so Richard Mergner BN Landesbeauftragter.

"Der BN fordert eine Erweiterung der Wasserschutzgebiete, verbindliche Beschränkungen der Düngung in besonders belasteten Gebieten, Pufferstreifen an wasserführenden Gräben und Bächen, sowie rechtliche Möglichkeiten für Gemeinden, den Zubau neuer Mastställe mit hohem Gülleanfall zu untersagen", so Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin. "Bayern braucht auch ein Gesetz zum Schutz von Wiesen und Weiden, das nicht von der Förderpolitik

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
Ifg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 21. März 2017 PM 029/LFG Landwirtschaft

PRESSEMITTEILUNG



abhängig ist, und muss sich endlich dafür einsetzen, die Agrarförderung umzubauen, damit nicht die größten Landwirtschaftsbetriebe, sondern die umweltverträglich wirtschaften Bauern für Ihre Leistung entlohnt werden," so Ruppaner.

In der Gesamtbilanzierung der deutschen Landwirtschaft liegt der Stickstoffüberschuss pro Hektar immer noch weit über dem 2010 in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten 80 kg N/ha. Die Ursachen liegen auch in der Exportausrichtung der EU Agrarpolitik, die die Landwirte in die Intensivierungsfalle treibt. Immer größere Tierbestände auf Basis von Futterzukauf und die Düngung auf immer höhere Erträge am Acker und im Grünland verursachen auch höhere Nährstoffeinträge. Die Intensivlandwirtschaft führt zu Belastungen der Umwelt, insbesondere in Gebieten mit durchlässigen Böden, hohen Viehbesatzdichten und zusätzlichen Biogasanlagen.

Nach Berechnungen der Universität Hohenheim wird bei Anrechnung der pflanzlichen Gärreste in 5,7% der bayerischen Gemeinden der Schwellenwert der Düngeverordnung von 170 kg N/ha überschritten. Dies sind 4,6 Millionen kg N, für deren sachgerechte Ausbringung mindestens 25 000 ha Fläche außerhalb der Belastungsgebiete erforderlich sind.

Bislang mussten die pflanzlichen Gärreste aus Biogasanlagen nicht in die Bilanzierung organischer Dünger miteinbezogen werden.

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin, 0911/81878-20/21 marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
Ifg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 21. März 2017 PM 029/LFG Landwirtschaft

PRESSEMITTEILUNG



Anhang 1: Belastung der Grundwassermesstellen in Bayern mit Nitrat

	Unterfranken ¹)		Oberfranken ²)		Mittelfranken ³)		Oberpfalz 4)		Oberbayern ⁵)		Schwaben ⁶)		Niederbayern ⁷)		
Messstellengesamt	411		619		809		515		457		383		33		
≤ 25 mg/l	167	40,6%	356	57,5%	355	43,9%	279	54,2%	145	31,7%	187	48,8%	16	48,5%	> 25 mg/l
> 25 bis 37,5 mg/l	79	19,2%	82	13,3%	156	19,3%	92	17,9%	141	30,9%	88	22,9%			
> 37,5 bis 50 mg/l	79	19,2%	88	14,2%	108	13,4%	62	12,0%	91	19,9%	40	10,4%	5	14,2%	> 40 mg/l
> 50 mg/l	86	20,9%	93	15,0%	190	23,5%	82	15,9%	80	17,5%	68	17,8%			

¹⁾ Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMELF) auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Kerstin Celina, Thomas Mütze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 08.07.2014. Situation des Grundwassers in Unterfranken; in Landtagsdrucksache 17/2875

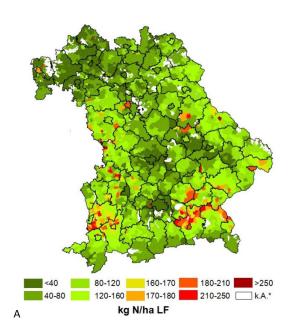
1) Antwort des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Ulrike Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 08.07.2014. Situation des Grundwassers in Oberfranken; in Landtagsdrucksache 17/3040

1) Antwort des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Martin Stümpfig, Verena Osgyan und Markus Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 08.07.2014 betreffend "Situation des Grundwassers in Oberfranken; in Landtagsdrucksache 17/3045

1) Antwort des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Jürgen Mistol (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 02.07.2014 betreffend "Situation des Grundwassers in der Oberpfalz"; in Landtagsdrucksache 17/2845

Anhang 2:

Anzurechnender N-Anfall aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft (Jahr 2010) und Gärresten pflanzlicher Herkunft (Jahr 2011) auf Gemeindeebene; Quelle: Wüstholz, Auburger, Bahrs in Bayerisches Landwirtschaftliches Wochenblatt Nr. 34 vom 22.8.2014, S.35



Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23 90471 Nürnberg Tel. 0911/81 87 8-0 Fax 0911/86 95 68 lfg@bund-naturschutz.de www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 21. März 2017 PM 029/LFG Landwirtschaft

vort des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Christian Magerl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 09.07.2014 Grundwasserwerte in Oberbayern; in Landtagsdrucksache

^{1/20/20} Antword des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Christine Kamm und Ulrich Leiner (Bündnis90/die Grünen) vom 09.10.2014: "Situation des Grundwassers im Regierungsbezirk Schwaben"; in Landtagsdrucksache 17/4491

7) Antword des StMELF auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Rosi Steinberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 04.02.2014: Situation des Grundwassers in Niederbayern; in Landtagsdrucksache 17/345 und 17/380